

Leonhard: Die Sowjetunion könnte noch mehr ein Staat werden, dessen Entwicklung fasziniert und positiv betrachtet wird. Wenn wir bedenken, daß heute die Bundesregierung, der Europarat, die EG und die Nato sowie alle führenden Politiker von den Sozialdemokraten bis zu den Konservativen öffentlich für die Fortsetzung der Reformen in der Sowjetunion plädieren und ihre Zustimmung

zum Kurs Gorbatschows erklären, bedeutet das doch eine bemerkenswerte Entwicklung. Durch Rückschläge bei den Reformen würde die Sowjetunion dieses inzwischen in der Welt angesammelte Kapital des good will verspielen, bei einer Fortsetzung der demokratischen Entwicklung dagegen vermutlich neue Einflußmöglichkeiten gewinnen.

Zwischen Selbstverwirklichungsutopien und Solidargemeinschaft

Das neue Programm der SPD

Die SPD gab sich im letzten Dezember, kurz vor Weihnachten, ein neues Programm. Es schreibt als Berliner Programm das Godesberger Programm von 1959 nicht fort, sondern löst es ab. Welches Profil deutscher Sozialdemokratie wird darin sichtbar? Und wie geben Grundwerteentscheidungen, politische Handlungsziele und praktische Politik zusammen? Hans Langendörfer (Jesuit, Sozialethiker, Mitarbeiter im „Foyer der Jesuiten“ in Bonn) und Peter Siebenmorgen (Politikwissenschaftler, Mitarbeiter des International Institute for Strategic Studies in London) zeichnen die Grundlinien des Programms nach und benennen die ihm innewohnenden ideenpolitischen Spannungen und ethischen Ambivalenzen.

Auf dem Berliner Parteitag beschloß die SPD im Dezember 1989 ihr neues Grundsatzprogramm als Frucht einer fünf Jahre langen, intensiv geführten Programmdebatte. Zunächst hatte diese unter der Verantwortung von Willy Brandt gestanden, zuletzt leitete Oskar Lafontaine die Programmkommission. Die Diskussion über politische Grundsatzfragen und Grundwerte ist untrennbar mit der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie verbunden. Bisweilen hat es den Anschein, als habe sich die SPD die permanente Grundsatzdiskussion, die stete – und zuweilen auch unstete – Fortschreibung der programmatisch-intellektuellen Grundlagen als ihr spezifisches Bewegungsgesetz auserkoren.

Vorgeschichte und Anlaß des Berliner Programms

Das Grundanliegen der programmatischen Bemühungen der SPD besteht traditionell in dem Versuch einer zeitgemäßen Interpretation und politischen Umsetzung der Idee der sozialen Gerechtigkeit. Die deutsche Sozialdemokratie, ausgegangen und entscheidend geprägt von der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts, stellte sich anfangs vornehmlich die Aufgabe, als politischer Solidarverband einer unter den Ungerechtigkeiten der modernen

Industriegesellschaft leidenden Arbeiterschaft für eine gerechte Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu kämpfen. Mit der Zeit weitete sich die sozialdemokratische Anhängerschaft; es kamen u. a. kleine Handwerker und andere in Abhängigkeit lebende Gesellschaftsgruppen hinzu. *Die Sozialdemokratie wollte sein*, was Walter Jens, der Schlußredaktor des Berliner Programms, einmal als christliches Ur-Anliegen formulierte: *Anwalt der kleinen Leute.*

Freilich gesellten sich von Anfang an auch intellektuell und humanistisch geprägte Menschen hinzu, deren persönliches Schicksal zwar nicht unmittelbar von sozialen Ungerechtigkeiten geprägt war, die allerdings das solidarische Grundanliegen teilten. Jedenfalls verstand sich die deutsche Sozialdemokratie immer auch als intellektuelle und aufklärerische Bewegung, wovon auch die Grundsatzprogramme und die seit jeher starke innerparteiliche Ideologiediskussion zeugen.

Entscheidender Impulsgeber für die Programmfortschreibung ist jeweils der gesellschaftliche Wandel. *Neue Grundsatzprogramme der SPD reflektieren neue soziale und gesellschaftliche Wirklichkeiten.* Dennoch fiel es der Partei niemals sehr leicht, neue Wirklichkeiten zu erkennen und anzuerkennen. Solange sich die Anhängerschaft der Partei im wesentlichen auf Arbeiter beschränkte und die Überlegenheit einer marktwirtschaftlichen Ordnung gegenüber planwirtschaftlichen Konzepten keineswegs so klar erkennbar war wie heute, hatte die SPD erhebliche Mengen sozialistischen Gedankenguts im Gepäck. Gerade in bezug auf die Ordnung der Wirtschaft und der Eigentumsverhältnisse war ihr der Blick für die praktischen Grundbedingungen wohlstands- und wohlfahrtsermöglichenden Wirtschaftens oftmals verstellt. Außerdem lief ein gewisser Rigorismus Gefahr zu übersehen, daß Umverteilung zugunsten sozialer Gerechtigkeit erst möglich ist, wenn zuvor etwas erwirtschaftet wurde.

So brauchte es nach der Gründung der Bundesrepublik noch zehn Jahre, ehe 1959 ein der neuen sozialen Wirk-

lichkeit entsprechendes und zum eigentlich unbestreitbaren „Wohlstand für (fast) alle“ passendes Grundsatzprogramm der SPD – das *Godesberger Programm* – beschlossen wurde. In ihm wandelte sich die SPD endgültig zur „Partei des Volkes“.

Im Vorfeld der neuerlichen Programmdiskussion wurde oftmals die Frage nach der *Notwendigkeit einer Fortschreibung von Godesberg* gestellt. Seinerzeit hatte die soziale Wirklichkeit vor allem in der Überwindung von Klassengesellschaft und -gegensätzen sowie der konsequenten Beseitigung wirklich tiefgreifender sozialer Marginalität bestanden. Doch welche grundsätzlichen Veränderungen haben in der Gegenwart eine erneute Grundsatzreflexion dringlich erscheinen lassen?

Die Antwort des neuen Programms fällt zwiespältig aus. Da heißt es zwar: „Bloßes Fortschreiben bisheriger Entwicklungen ergibt keine Zukunft mehr.“ Zudem gibt ein eigener Abschnitt „Die Welt, in der wir leben“ Auskunft über neue Herausforderungen: erhöhte Verantwortung gegenüber der Technik, „Rüstungswahn“, ökologische Problemlage, Konzentration wirtschaftlicher Macht, das Elend des Südens und ein gesellschaftlicher Struktur- und Einstellungswandel. Insgesamt scheinen es jedoch weniger die *einzelnen* neuen Aufgaben der Politik zu sein als vielmehr deren *Summe* – am besten wohl von *Jürgen Habermas* auf den Begriff der „neuen Unübersichtlichkeit“ gebracht –, die nach neuer grundsätzlicher Bewältigung verlangt.

Gesellschafts- und wirtschaftspolitische Schwerpunktsetzungen

Das Berliner Programm will also die *Vision einer modernen und gerechten Gesellschaft der Zukunft* präsentieren. Dazu brauchte die Partei den Mut, über die Analyse heutiger Krisen und eine „negative Ethik“ des bloßen Anhaltens weit hinauszugehen. Am Ende hat sie ein farbiges und facettenreiches (bisweilen etwas überladenes) Bild gemalt, das den Betrachter leicht in seinen Bann zieht. Was sticht an ihm besonders hervor?

Zunächst natürlich die (traditionelle) Grundfarbe, als welche sich die Hoffnung auf eine „menschenwürdige und sozial gerechte“ Gesellschaft erweist. Diese muß den Menschenrechten und *den politischen Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verpflichtet* sein. „Diese Grundwerte zu verwirklichen und die Demokratie zu vollenden ist die dauernde Aufgabe des Demokratischen Sozialismus.“ Und tatsächlich durchzieht der Grundwertebezug das gesamte Programm, was ihm inhaltliche Konsistenz verleiht, aber auch Ursache mancher Ambivalenzen ist. Als Ausgangspunkt der Grundwerte nennt das Programm die *Menschenwürde* – eine Wertigkeit jedes Menschen, die „unabhängig von seiner Leistung und Nützlichkeit“ ist.

Als Reiseroute in die erneuerte Gesellschaft schlägt die

SPD „den Weg des Fortschritts“ vor. Dies war im fortschrittsskeptischen Entwurf von Irsee (1986) noch ganz anders gewesen. Es bedurfte einer Neufassung des Fortschrittsgedankens, um sich ihm erneut anvertrauen zu können. „Wir wollen Fortschritt, der nicht auf Quantität, sondern auf Qualität, auf eine höhere Qualität menschlichen Lebens zielt. Er verlangt Umdenken, Umsteuern, Auswählen und Gestalten, vor allem in Technik und Wirtschaft. ... Wir brauchen einen Fortschritt, der den Frieden nach innen und außen sichert, das Leben von Mensch und Natur bewahrt, Angst überwindet und Hoffnung weckt. ... Ohne diesen Fortschritt hätte der Rückschritt freie Bahn.“

Der Fortschrittsweg, den die SPD beschreiten will, soll an einigen Beispielen beschrieben werden. Ein durchgängiges Motiv ist z. B. die *Gleichberechtigung der Frauen*. In Zukunft sollen, wie es heißt, „Frauen und Männer gleich, frei und solidarisch miteinander leben“. Die SPD hatte hierzu schon im Münsteraner Quotenbeschluß ein Signal gegeben. Im Berliner Programm konstatiert sie die anhaltende und bedrückende „Spaltung zwischen männlicher und weiblicher Welt“ und fügt hinzu: „Diese Spaltung wollen wir überwinden.“ Dazu gibt es konkrete Vorschläge, wie z. B. Änderungen im Erziehungsstil, die Verkürzung der Arbeitszeit auf in der Regel sechs Stunden (damit das Übergewicht der Erwerbsarbeit schwindet), sozialrechtliche Maßnahmen zugunsten der Frauen oder sogar die Änderung des politischen Wahlsystems. Die Botschaft ist klar: „Wer die menschliche Gesellschaft will, muß die männliche überwinden.“ Das alles wird *im kulturellen Leitbild der partnerschaftlichen Gesellschaft* sehr zeitnahe und treffend gesagt, egal wie weise die Forderungen im einzelnen sind. Und doch bleibt das Programm etwas schillernd. Bisweilen kommen auch andere Seiten zum Vorschein, wenn es etwa bei der Nord-Süd-Problematik heißt: „Frauen müssen auf allen Ebenen an Entwicklungsplanungen und Entwicklungsprojekten gleichberechtigt teilhaben.“ Oder deutlicher: „Um jungen Frauen gleiche Chancen einzuräumen, muß die Hälfte aller Ausbildungsplätze für Frauen freigehalten werden.“ Solche Postulate zeigen ein eher buchhalterisches *Gleichheitsverständnis*, das *ins Formale abzugleiten droht*, statt Inhalte solidarischen Zusammenlebens zur Geltung zu bringen.

Diese *Spannung zwischen Formalem und Inhaltlichem* spricht auch aus folgendem Satz, der dem Kapitel „Die Zukunft der Arbeit“ entnommen ist: „Alle Formen gesellschaftlich notwendiger Arbeit müssen gleich bewertet und zwischen Männern und Frauen gleich verteilt werden.“ Das gutzuheißende Ziel ist die *Gleichbewertung* von Erwerbsarbeit, Familienarbeit, Gesellschaftsarbeit und freier Eigenarbeit. Ob dazu aber auch die *Gleichverteilung* dieser Arbeitsformen nötig ist?

Indessen ist die *programmatische Aufwertung der Nichterwerbstätigkeit* – auch aus soziolethischer Sicht – eine große Leistung des Berliner Programms, die der Partei nicht leichtgefallen ist und einen deutlichen Unterschied zu den Akzenten des Godesberger Programms aufweist.

Dabei geht es nicht nur um mehr gesellschaftliche Anerkennung für die Nichterwerbsarbeit, sondern auch um Konkretes, wie eine bessere Berücksichtigung von Erziehungs- und Pflegearbeit in der Altersversorgung, einen bezahlten Elternurlaub auf die Dauer von drei Jahren, den Anspruch auf berufliche Wiedereingliederung und „weitere Qualifikation“ usw. Schließlich will die SPD für Erwerbstätige mehr „Zeitsouveränität“, d. h. weniger Regelarbeitszeit und mehr Selbstbestimmung bei der Festlegung von Dauer und Einfügung der Arbeitszeit in den Lebens-, Jahres- und Wochenablauf. Daran interessiert hier nicht die politische Bewertung solcher Vorschläge, sondern die Frage, welche Perspektive sie auf den Gesellschaftsentwurf der SPD eröffnen.

Deutlich steht *das Ziel im Mittelpunkt, dem Individuum die Möglichkeit zu einem ganz persönlich-autonomen Lebensentwurf zu geben*. Aus der großen Angebotspalette sollen alle möglichst jede Alternative auswählen und zum Bestandteil ihres selbstbestimmten Lebens machen können. Das wäre Freiheit – als Grundwert der Politik. Selbst die ordnungspolitischen Passagen oder Forderungen zum Gesellschaftsgefüge sind häufig auf die individuelle Wahlfreiheit ausgerichtet. Wenn dann die SPD von Dritten bisweilen gefragt wird, worin denn das eigentlich Sozialdemokratische des Programms – also seine *spezifischen* Wertgehalte – liegen, dann kommt in dieser Frage die Schwachseite eines an und für sich zu begrüßenden Freiheitsbezugs zur Sprache: Freiheitliche Parteipolitik (nicht nur der SPD!) will Autonomie des Menschen in möglichst vielen Lebensbereichen, läuft aber Gefahr, die normative Einbindung der Freiheit in eine unterscheidbare (und politisch konkurrenzfähige) „Idee des gerechten Lebens in Gemeinschaft“ zu verlieren. Im Godesberger Programm benutzen die Sozialdemokraten öfters den (nichtmodernen?) Begriff der „Gemeinschaft“, welcher der Mensch als „dienendes Glied“ angehöre. Daß dieser Begriff verlorenzugehen droht, zeigt vermutlich einen kulturellen und politisch sehr brisanten Wandel an, der mit dem gleichzeitig gestiegenen Bewußtsein globaler Zusammengehörigkeit eigentümlich kontrastiert.

Gemeinwohl und demokratische Verfahren

Ein gutes Beispiel für das vermehrte Bewußtsein globaler Zusammenhänge ist – gewiß ein Distinktivum des neuen Programms – *das ökologische Augenmerk*, welches den Text durchgängig prägt. Besonders tritt es im wirtschaftspolitischen Kapitel „*Ökologisches und sozial verantwortliches Wirtschaften*“ hervor. Dort ist von einer ökologischen Erneuerung der Wirtschaft die Rede: „Gesamtwirtschaftlich ist nichts vernünftig, was ökologisch unvernünftig ist. Ökologie ist kein Zusatz zur Ökonomie. Sie wird zur Basis verantwortlichen Wirtschaftens.“ Energie-, Chemie-, Verkehrs- und Agrarpolitik werden als Schwerpunkte des ökologischen Umbaus genannt. Auf glatte Weise unterläuft der Text die Diskussion, die das Programm „Fort-

schritt 90“ im letzten Jahr auslöste: „Das ökologisch Schädliche muß teuer, das ökologisch Richtige ökonomisch vorteilhafter werden. Dazu dienen Abgaben und Steuern auf der einen, finanzielle Anreize auf der anderen Seite.“

Wiederum geht es um das Leitbild, dem diese Gedanken verpflichtet sind: *eine Gesellschaft, in der – anders als in Godesberg! – der Fortschritt nicht mit Wachstum identifiziert, sondern Wachstum an Kriterien*, z. B. der Sicherung von natürlichen Lebensgrundlagen, der Verbesserung von Lebens- und Arbeitsqualität, der Minderung von Abhängigkeit oder der Förderung der Selbstbestimmung, *gebunden wird*. Garant dieser qualitativen Bindung sind die Betroffenen selber, die als „Wirtschaftsbürger“ (so schon Godesberg!) in einer „Wirtschaftsdemokratie“ dafür sorgen, daß „gesellschaftliche Ziele Vorrang vor den Zielen privatwirtschaftlicher Kapitalverwertung“ haben. Gewiß braucht die Wirtschaftsdemokratie persönliche und unternehmerische Freiheit und Initiative, mehr noch aber benötigt sie – so das Berliner Programm – die gemeinwohlbestimmte Planung und Kontrolle aller Formen wirtschaftlicher Macht. Besonders diese Abschnitte tragen sozialdemokratisches Profil. Gerade in ihnen wird häufig der Begriff des Gemeinwohls verwendet und damit *das solidarische Zusammenstehen aller* zur Geltung gebracht. Züge eines Mißtrauens in die *freie* Wirtschaft (also: in wirtschaftliche Autonomie) verbinden sich mit (berechtigtem?) Vertrauen in den Wirtschaftsbürger als Garanten eines nach Form und Inhalt menschenwürdigen Wirtschaftslebens. Individuelle Freiheit – ein großes Ideal des Berliner Programms – bleibt also an normative Gehalte (z. B. das Gemeinwohl) gebunden. Diese Verbindung konsequent zu verwirklichen dürfte die große Herausforderung nicht nur der SPD, sondern *jedes* Entwurfs einer modernen, grundwertbestimmten Gesellschaft sein.

Dafür ist das Kapitel über „*Demokratie in Staat und Gesellschaft*“ ein weiteres Beispiel. Demokratie soll zur „Lebensform“ werden. Daraus eine „Verstaatlichung der Gesellschaft“ abzuleiten stände jedoch im Widerspruch zum SPD-Programm. Dieses anerkennt die Notwendigkeit einer farbig gegliederten Gesellschaft und bekennt sich – von der katholischen Soziallehre gewiß mit Beifall bedacht – zum *Subsidiaritätsprinzip*: „Das Prinzip der Subsidiarität, des Vorrangs der kleineren Einheit vor der größeren, kann, wo es nicht überdehnt wird, Macht begrenzen und zur Teilhabe ermutigen.“

Probleme bereiten indessen die Passagen über „*Parlamentarische Demokratie und Mehrheitsprinzip*“. Sie plädieren für mehr Bürgerbeteiligung am politischen Entscheidungsprozeß. Dazu sollen „*Volksbegehren und Volksentscheid*“ in Gemeinden, Ländern und Bund parlamentarische Entscheidungen ergänzen“. Fraglich ist nur, wo man begründet Grenzen plebiszitärer Entscheidungsfindung ziehen soll – nicht zuletzt auch im Hinblick auf die gewiß auch von der SPD nicht bestrittene Gefahr eines dann noch mehr raumgreifenden Populismus. Dies genau ist

doch die Frage: wie freie Entscheidung *aller* und (Sach-)Gerechtigkeit zusammenfinden, was eben durch schlichte Mehrung von Abstimmungsmöglichkeiten kaum möglich sein dürfte.

Besonders prekär wird dieses Problem, wenn es um die „Selbstbeschränkung der Mehrheitsmacht“ geht. „Da auch Mehrheiten irren können, müssen Mehrheitsentscheidungen rückholbar sein, vor allem da, wo Lebensgrundlagen berührt sind und das Wohl der kommenden Generation auf dem Spiel steht.“ Diese verantwortungsethische Forderung – in die besonders das Denken von *Hans Jonas* Eingang gefunden hat – weist manche Tücken auf. Mit Recht betont sie die Irrtumsfähigkeit von Abstimmungsmehrheiten – ein Dämpfer für die Hoffnung, mehr Abstimmungspartizipation mehr von sich aus die Gerechtigkeit (die keineswegs nur eine Verfahrensfrage ist). Dann aber könnte der zitierte Programmsatz auch zu *einem generellen Entscheidungsmoratorium* führen. Es dürfte doch kaum eine politische Entscheidung, die zur Gegenwartsgestaltung notwendig ist, geben, die nicht *auch* die Lebensverhältnisse zukünftiger Generationen beeinflusst. Es ist ja nicht nur der Atommüll, der die Verhältnisse der kommenden Menschheit belastet, sondern jedwede Entscheidung über die Energieversorgung setzt neue Ausgangsbedingungen für die Zukunft. Wie das Wohl der künftigen Generationen zum Faktor in der politischen Entscheidung gemacht werden kann, ist eine bisher nicht schlüssig beantwortete Frage. Womit natürlich nicht bestritten ist, daß Moratorien bei Entscheidungen mit weitreichenden Folgen eine gute Lösung sein können. Wie dem auch sei, das Berliner Programm zeigt den schwankenden Grund, der unvermeidlich erscheint, wenn man sowohl Freiheit als auch Solidarität und Gerechtigkeit zu Leitmotiven der Politik machen will.

Berührungen und Konfrontationen mit Kirche und katholischer Soziallehre

Es ist ratsam, auf einige Themen zu schauen, die aus kirchlicher Sicht besondere Aufmerksamkeit verdienen. Es sei vorausgeschickt, daß es im Berliner Programm bei der schon in Godesberg vollzogenen *Anerkennung der Kirchen, Religionsgemeinschaften und kirchlichen Gruppen als Gesprächs- und Kooperationspartner der SPD bleibt*. Mehr noch: „Die Sozialdemokratische Partei erkennt die besondere Bedeutung und rechtliche Stellung an, die das Grundgesetz den Kirchen und Religionsgemeinschaften einräumt.“ Ausdrücklich zählt die SPD auch *das Christentum zu den geistigen Wurzeln des demokratischen Sozialismus*. In ihren *Außerungen zum Menschenbild* spricht sie vom Menschen als „Individual- und Gesellschaftswesen“, das „weder zum Guten noch zum Bösen festgelegt“ und „lernfähig und vernunftfähig“ ist.

Dies alles sind Signale der Nähe zu christlichen und kirchlichen Überzeugungen. Doch dürfen darüber nicht die irritierenden Mißtöne vergessen werden, die es genauso gibt.

Hierzu gehört die *Problematik des Schwangerschaftsabbruchs*, der die katholische Kirche zentrale Bedeutung beimißt. Über sie gab es während des Programmparteitags eine hitzige Debatte, die um zwei Probleme kreiste: erstens die Frage, ob das Strafrecht ein grundsätzlich ungeeignetes Mittel zur Lösung von Schwangerschaftskonflikten, und zweitens, wie dem „Selbstbestimmungsrecht der Frauen“ Rechnung zu tragen sei. Unstrittig war unter den Delegierten die Wertentscheidung für den Schutz des ungeborenen Lebens. In der Frage nach dem Garanten dieses Schutzes setzten sich diejenigen durch, die ihn praktisch ausschließlich der Schwangeren selbst zuschreiben und strafrechtliche Regelungen *gänzlich* ablehnen. „Wir wollen werdendes Leben schützen. Das kann nur mit dem Willen, nicht gegen den Willen der Frau geschehen. Deshalb erkennen wir die Verantwortung und das Selbstbestimmungsrecht der Frau an.“ Das ist eine schockierende Argumentation! Sie zieht sich zwar bewußt *nicht* auf die platte Formel auf die freie Verfügung über den (angeblich) eigenen Leib zurück; doch resigniert sie letztlich vor dem Willen zum Unrecht, gegen den kein Kraut gewachsen sei und den man nur gewähren lassen könne.

Wieso gilt diese Resignation dann nicht genauso in anderen Zusammenhängen, in denen doch auch die SPD in Gesetz und Justiz ein Mittel gegen das Unrecht sieht? Aus ethischer Sicht liegt das entscheidende Defizit jedoch weniger in dieser Behauptung völliger Ineffizienz von (strafrechtlichen) Schutzmaßnahmen, sondern in der Annahme, trotz aller Verantwortung einer Schwangeren für das ungeborene Kind gebe es letztlich ein „Selbstbestimmungsrecht“. Dies ist eine falsche Inanspruchnahme des Selbstbestimmungsgedankens. Sie bestätigt nochmals die schon genannten Ambivalenzen des Programms im Spannungsfeld von (formalisiertem) Autonomieideal und sittlicher Beanspruchung durch Solidarität, Gemeinwohl – oder eben auch das Lebensrecht Ungeborener. Ähnliches zeigt sich in den Ausführungen über „*Familien- und Lebensgemeinschaften*“. An ihnen besticht zwar die Ehrlichkeit, mit der die heutige Vielfalt an Formen einer auf Dauer angelegten Bindung genannt wird. Problematisch ist aber, daß die Ehe bloß als „häufigste“ und grundgesetzlich geschützte Form bezeichnet wird und deshalb als gleich gut wie alle anderen erscheint. Hier taucht mit Blick auf die Politik wiederum die Frage auf, ob sie nur die Optimierung von (in sich gleich guten) Wahlmöglichkeiten für formal-autonome Menschen anstreben oder *auch eigene* Präferenzen für die gesellschaftliche Ordnung anbieten und (auch) in diesem Sinn wertgebunden sein sollte.

Allerdings, das muß klar gesagt werden, entscheidet sich das Berliner Programm nicht nur im Sinne der ersten Alternative. Dafür sorgt der *Grundwert „Solidarität“*, der eine zentrale Stellung einnimmt und Tendenzen zu rein formalen Freiheits- und Gerechtigkeitsvorstellungen konterkariert. Gerade die *Idee einer solidarischen Gesellschaft* befindet sich in großer Nähe zur kirchlichen Soziallehre, in der (wie bei der SPD) der Mensch im Mittelpunkt steht

– aber eben in solidarischer Verbundenheit mit den anderen Menschen und der ganzen Kreatur. Sozialpolitische Forderungen des Programms, aber auch zahlreiche entwicklungs-, umwelt- und friedenspolitische Aussagen beweisen diese gedankliche Verwandtschaft. Sie bewirken auch eine Nähe zum konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Friede und Schöpfungsbewahrung, der gegenwärtig zur politischen Orientierung in der deutschen Kirche Wichtiges beiträgt.

Deutschland-, Europa-, Außenpolitik

Die SPD wurde von den revolutionären Umbrüchen in Osteuropa und der DDR ebenso überrascht wie alle anderen politischen Kräfte. Gleichwohl unterscheiden sich die Ausgangsbedingungen bei der Aufarbeitung der neuen Gegebenheiten, wie sie sich in der „Berliner Erklärung“ des Parteitag und im neuen Grundsatzprogramm niederschlägt.

Die SPD mußte *Abschied nehmen von manchen – ebenedentralen – Elementen der ost- und deutschlandpolitischen Vorstellungswelt*. Der intensiv geführte Dialog mit den kommunistischen Staatsparteien Osteuropas über Sicherheitsfragen und die Pflege einer „Streitkultur“ mit der SED Honeckers wurden lange Zeit als wegweisendes Konzept für die „zweite Phase der Entspannungspolitik“ gefeiert. Mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaftssysteme erwies sich dieser Ansatz als Weg in die Sackgasse. Die SPD hatte offenkundig die Stabilität der kommunistischen Gesellschaftsordnung und Staatenwelt völlig falsch eingeschätzt. Vom Ziel der deutschen Einheit zu sprechen oder gar die Beseitigung der SED-Herrschaft anzustreben galten ihr als schärfstens bewachte Tabuzonen. Insbesondere die These der „Zweistaatlichkeit“ Deutschlands geriet mehr und mehr zum sozialdemokratischen Prüfstein auf die Friedensfähigkeit der bundesdeutschen Außen- und Deutschlandpolitik.

Spätestens seit der Öffnung der Mauer hat die SPD die Zeichen der neuen deutschlandpolitischen Zeit erkannt. Unter der von Willy Brandt ausgegebenen Losung *„Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“* besinnt sie sich auf ihre gesamtdeutschen Traditionsbestände. Daß dieser Kursumschwung im Grundsatzprogramm erst verhaltenen Anklang findet, ist verständlich: In dieser Zeit dramatischer Entwicklungen deutschlandpolitische Grundsätze zu formulieren ist schwierig – zumal, wenn diese für einige Jahre gültig bleiben sollen. So hat sich die SPD der immer richtigen Formel bedient: „Die Menschen in beiden deutschen Staaten werden über die Form institutioneller Gemeinschaft in einem sich einigenden Europa entscheiden.“ Der Wert der Nation wird unter den sehr allgemeinen und letztlich unverbindlichen Vorbehalt gestellt, daß er „den Erfordernissen des Friedens untergeordnet“ bleibe.

Vornehmstes Anliegen sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik ist seit jeher die Errichtung einer neuen

Friedensordnung. Seit Ende der siebziger Jahre wird dieses Konzept zunehmend durch den *Begriff der „gemeinsamen Sicherheit“* ausgefüllt. Diese Idee basiert zwar auf der ziemlich spekulativen Annahme, daß der militärisch-technische Abrüstungsprozeß irgendwann einmal wie von selbst in neue politische Gegebenheiten umschlagen werde. Sie wird zudem von einer falschen Grundannahme begleitet, die im neuen Grundsatzprogramm so formuliert ist: „Ost und West haben den Versuch, Sicherheit gegeneinander zu errüsten, mit immer mehr Unsicherheit für alle bezahlt.“ Gleichwohl stellen sich heute – angesichts des Revolutionsjahres 1989 – einige der gestern noch vergleichsweise befremdenden Ideen als *durchaus diskussionswürdige Programmpunkte* dar. Das Nachdenken über die Auflösung der Militärbündnisse, deren Transformation in politische Agenturen oder ihre Überführung in übergreifende gesamteuropäische Sicherheitsstrukturen ist jetzt aufgrund der rapiden Bedrohungsabnahme und der qualitativ völlig veränderten Sicherheitslage in Europa außerordentlich lohnend. Gleiches gilt für die drastische Reduzierung der Militäraufwendungen und die Neubestimmung der Rolle von Kernwaffen.

Gegenüber der durch aktuelle Entwicklungen aufgewerteten deutschland- und europazentrierten Betrachtungsweise tritt *das internationalistische Anliegen ein wenig in den Hintergrund*. Gleichwohl fehlen Passagen zu *den internationalen Aspekten der sozialen Gerechtigkeit* nicht. Sie erinnern an das sozialdemokratische Erbe und halten die immer noch bedrückende Wirklichkeit der Wohlstands- und Gerechtigkeitsschere zwischen Nord und Süd im Bewußtsein: „Der Reichtum der Industriestaaten des Nordens beruht auch auf der Ausbeutung der Länder des Südens. Die heutige Weltwirtschaftsordnung steht immer noch in der Tradition von 500 Jahren Kolonialismus.“ Neu ist *der ökologische Aspekt des weltwirtschaftlichen Entwicklungsgefälles*: „Wo Entwicklungsländer auch im Interesse der Weltwirtschaft wirtschaftliche Möglichkeiten zugunsten des Umweltschutzes ungenutzt lassen, müssen die Industrieländer für den finanziellen Ausfall aufkommen.“ Im Vergleich hierzu klingen die Aussagen zum Zusammenhang von Entwicklungspolitik und Frauenfragen merkwürdig bemüht – wenn etwa gefordert wird, daß „die zentrale Rolle der Frau für den eigenen Entwicklungsweg“ der Südkugelländer Anerkennung verlangt.

Des Menschen Erfüllung und Glück durch Politik?

Schaut man nach all diesen Detailbetrachtungen nochmals auf das Gesamtgemälde, welches das Berliner Programm entwirft, so kann die bange Frage aufkommen, ob sich nicht letztlich überfordert, wer dies alles will. Ist etwa die SPD mit ihren Erwartungen an sich selbst doch einem Mißverständnis aufgesessen? Hofft sie, *den Menschen durch Politik Erfüllung und Glück* bescheren zu können? Dies wird sie verneinen und zur Begründung auf einen Satz hinweisen, der ihr Verständnis von Politik erläutern

soll: „Politik kann nur Bedingungen für ein sinnerfülltes Leben schaffen. Wenn sie selbst Glück und Erfüllung bewirken will, läuft sie Gefahr, in totalitäre Reglementierung abzugleiten.“ Das ist nachdrücklich zu bejahen. Die detaillierte politische Auseinandersetzung – heute oft als

„demokratische Streitkultur“ gefordert – mag dann zeigen, welcher Zustimmung tatsächlich fähig ist, was das Berliner Programm als künftige Bedingungen persönlichen Glücksstrebens ins Gespräch bringt.

Hans Langendörfer / Peter Siebenmorgen

Schwierigkeiten beim Weltkirchewerden

Spannungen sind nicht auf Europa beschränkt

Wenn zum Beispiel aus Anlaß bestimmter Bischofsernennungen und den dabei angewandten Verfahren in den letzten Jahren über „römischen Zentralismus“ geklagt wurde, war von römischer Seite, aber auch aus anderen Richtungen, mit dem Argument gekontert worden, solche Klagen seien eine typisch europäische oder westliche Angelegenheit und Ausdruck eines tiefstehenden „antirömischen Affekts“ hierzulande. Im Verhältnis zwischen Rom und den Kirchen der Dritten Welt herrsche dagegen ein so gut wie konfliktloses Einverständnis. Daß dem nicht ganz so ist, illustriert anhand bekannter und auch wenig bekannter Vorgänge und Problemfelder der folgende Beitrag. Er macht aber auch darauf aufmerksam, daß Auseinandersetzungen mit Rom oft auf Polarisierungen in den Ortskirchen selbst zurückgehen bzw. in ihnen eine Parallele haben und daß die Kontroversen zwischen Rom und den verschiedenen Ortskirchen und in diesen selbst auf gegensätzlichen Kirchenbildern beruhen, die durch das Zweite Vatikanum noch nicht zu einem weltkirchlich tragbaren Ausgleich gebracht worden sind.

Von *Karl Rahner* stammt die theologische Interpretation des II. Vatikanischen Konzils als Beginn des Zeitalters einer Weltkirche, in dem erstmals der Lebensraum der Kirche von vornherein die ganze Welt ist. Es ist Aufgabe und Herausforderung der Kirche von heute, daß sie die wesentlichen Unterschiede der anderen Kulturen sieht und anerkennt, in die sie Kirche werden will, oder aber Gefahr läuft, westliche Kirche zu bleiben und damit den Sinn des II. Vatikanums zu verfehlen (Schriften zur Theologie, Bd. 14, 287–302). Die Verwirklichung dieses Programms der Begegnung mit den anderen Kulturen und Religionen liegt im wesentlichen auf den Schultern der Kirchen in Lateinamerika, Afrika und Asien. Diese Kirchen – aus der europäischen Perspektive oft etwas herablassend „junge Kirchen“ oder – immer noch – „Missionsländer“ genannt – sind zum großen Teil noch geprägt von einem zentralistischen Kirchenbild, haben aber andererseits aktiv mitgewirkt an der Entwicklung des neuen Kirchenverständnisses, das auf den selbständigen Ortskirchen aufbaut und im Zusammenwirken und der Einheit dieser Ortskirchen das Wesen der Weltkirche erblickt.

Als Erbe der Missions- und Kirchengeschichte in Asien, zum Teil gilt dasselbe für Afrika und eingeschränkt für Lateinamerika, wurden die Beziehungen zum Papst und der römischen Kurie als Gegengewicht zu und Schutz gegen die Kolonialmächte und die ausländischen Missionsorden gesehen, die oft wenig daran interessiert waren, daß einheimische Ortskirchen sich entwickelten und einheimischer Klerus mit Leitungsfunktionen betraut wurde. In der berühmten Instruktion der Propaganda von 1659 waren als wichtigste Aufgaben der Mission die Entwicklung des einheimischen Klerus und die Achtung vor den einheimischen Bräuchen und Sitten genannt worden. Gegenüber den eigenen Fürsten und Regierungen war die Bindung an eine ausländische Macht – und mochte sie auch noch so klein und bescheiden sein wie die des Vatikan – jedenfalls ein Schutz für die kleinen christlichen Kirchen. Über diese Verbindung und natürlich über die Unterstützung an Menschen und Material (Kapital), die dies bedeutete, konnten die kleinen christlichen Gemeinschaften in vielen Ländern Asiens weit über ihre zahlenmäßige Stärke (bzw. Schwäche) hinaus in die Gesellschaft wirken und wichtige Beiträge zur Erziehung, zur medizinischen Versorgung und zu anderen gesellschaftlichen Bereichen leisten.

Römische Starthilfen für die Ortskirchen der Dritten Welt

Das Verhältnis zu Rom war natürlich auch früher nicht immer eitel Sonnenschein. Es gibt das herausragende Beispiel des *chinesischen Ritenstreits* im 17.–18. Jahrhundert. Aber hier waren die Antagonisten die römische Kurie (unterstützt von einem Teil der China-Missionare), die Jesuiten- bzw. Franziskanermissionare und der kaiserliche Hof in Peking. Es fehlte noch eine chinesische Ortskirche. Im 20. Jahrhundert dagegen fanden die Bemühungen um die Errichtung einer einheimischen Hierarchie in China die klare Unterstützung des Papstes (Pius XI.) und der Propaganda Fide, die sich mit der Weihe der ersten 6 chinesischen Bischöfe 1926 auch gegen den Widerstand einer großen Anzahl ausländischer Missionare durchsetzten. Mag dieses positive Bild durch die Ereignisse der chi-